

Eidgenössisches
 Post- und Eisenbahndepartement
 Eisenbahn-Abteilung

Bern, den 28. November 1906.

N^o 11262/A.

In der Antwort wolle man obenstehende
 Nummer angeben.

Herr Minister,

Ich bin seit gestern abends im Besitze Ihres Ge-
 schätzten vom 25. ct.

Es ist ganz richtig, dass die deutsche Regierung
 auf unsere wiederholte Anfrage über ihre den Gotthardbahnrückkauf
 betreffenden Entschliessungen jeweilen erklären liess, dass sie
 noch nicht im Stande sei, zu antworten, weil die Angelegenheit
 noch im Stadium der Untersuchung sich befinde. Auch der deutsche
 Gesandte in Bern, Herr v. Bülow, gab nie andere Erklärungen ab.

Dagegen habe ich Ihnen gelegentlich mitgeteilt,
 dass uns verschiedentliche Aeusserungen von solchen Personen aus-
 seramtlich zugekommen seien, welche der deutschen Regierung nahe
 stehen, und deren Mitteilungen auf eine günstige Aufnahme unserer
 Vorschläge bei der deutschen Regierung schliessen lassen. Ich
 glaube auch, Ihnen gegenüber die bestimmte, aus jenen Aeusserun-
 gen geschöpfte Meinung ausgesprochen zu haben, dass die deutsche
 Regierung ihre Zustimmung zu einer Liquidation der internationalen
 Rechtsverhältnisse bei der Gotthardbahn lediglich von der Reduk-
 tion der Bergzuschläge abhängig machen werde.

Ganz vertraulich gebe ich Ihnen darüber folgende
 Details.

Als ich an die Prüfung der internationalen Ver-
 bindlichkeiten gegenüber den Subventionsstaaten herantrat, erhielt
 ich von einem Mitgliede der Gotthardbahndirektion die Meldung,
 dass ein Vertreter der deutschen Regierung im Verwaltungsrat der
 G.B. vertraulich sich dahin geäussert habe, dass die deutsche Re-
 gierung nicht an die Rückforderung der Subvention denke, dass sie
 aber Wert darauf lege, dass beim Uebergang der Bahn an die Eidge-
 nossenschaft die Bergzuschläge herabgesetzt werden.

An Herrn Dr. P i o d a , schweiz. Gesandter,

R o m .



Im Jahr 1905, anlässlich der zweiten Revisionskonferenz für das internationale Eisenbahnfrachtrecht, kam Herr Elsner, einer der deutschen Delegierten, bei einer persönlichen Begegnung mit mir, auf die bevorstehende Auseinandersetzung mit den zwei Subventionsstaaten zu sprechen. Er meinte, die Erledigung der Angelegenheit werde sich leicht machen, er als Referent im Reichseisenbahnamt habe die Akten studiert. Er sprach nicht direkt davon, dass unsere Vorschläge genehm seien, aber aus seinen Worten war dies zu erschliessen. Das Gespräch hierüber wurde nicht von mir begonnen, Herr Elsner hat den Gegenstand aufgegriffen.

Herr Elsner hat nachher, vor seinem Weggang von Bern zu einer andern Person dasselbe erklärt und ist auch im gleichen Sinne verstanden worden.

Herr Weissenbach, Präsident der Generaldirektion der schweiz. Bundesbahnen, hat seither in Berlin von der Leyen, vortragender Rat im

preussischeⁿ Ministerium der öffentlichen Arbeiten die Erklärung erhalten, dass man in Berlin gewillt sei, auf der von uns gebotenen Grundlage zu einem Abschlusse zu kommen.

Sie verstehen, Herr Minister, dass die Nennung der Namen als eine durchaus vertrauliche gelten muss, lediglich zu Ihrer Orientierung bestimmt.

Auf Ihre Note vom 12. November ist die Antwort vom Eisenbahndepartement angefertigt und liegt auf dem Kanzleisch des Bundesrates, zur Beschlussfassung am nächsten Freitag.

Sehr zu verdanken ist Ihr neuester Bericht über die Stopfung des Bahnverkehrs und die dortseitigen Bestrebungen für deren Beseitigung.

Genehmigen Sie, Herr Minister, wiederholte Versicherung meiner besonderen Hochachtung und
Ergebenheit.

[Handwritten signature]